

Das Rahmenabkommen (InstA):

Der falsche Weg für die Schweiz!

Unsere Kernargumente

Ausgangslage

Die Schweiz pflegt seit Jahren erfolgreiche Beziehungen zur Europäischen Union und ist sich ihrer geographischen Position und Bedeutung in Europa bewusst. Gerade deshalb sucht die Schweiz eine starke Vernetzung mit Europa und der Welt in Wirtschaft, Politik, Bildung, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur. Das Beziehungsverhältnis zur EU funktioniert bestens. Doch nun drängt die EU darauf, dass die Schweiz mit einem institutionellen Abkommen (InstA) enger an die EU heranrückt. Für uns geht dieser Schritt klar zu weit. Das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form entspricht nicht unserem föderalen und direktdemokratischen Staatsverständnis und ist für die Schweiz der falsche Weg. Mit den Bilateralen I und II sowie dem Freihandelsabkommen 1972 verfügen wir über ein massgeschneidertes Paket an Verträgen mit der EU.

Was will die EU?

Konkret will die EU die Rechtsharmonisierung innerhalb der EU auf die Schweiz ausweiten. Die EU argumentiert dabei juristisch und verkennt die politischen Realitäten. Die EU stört sich daran, dass die Schweiz mit ihrem direktdemokratischen System Recht nicht allein durch Regierung und Parlament setzen kann, sondern die Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger benötigt. Die EU will diese Situation beenden und die Schweiz über einen Rahmenvertrag verbindlicher in ihr Rechtssystem einbinden.

Was ist das Problem?

Die EU will konkret:

- dass die Schweiz einer faktisch **automatisierten Rechtsübernahme** zustimmt, und damit ihre Souveränität und gesetzgeberische Eigenständigkeit aufgibt.
- dass die **direkte Demokratie zukünftig EU-Konform** ausgelegt wird. So sollen Volksinitiativen und Referenden nur noch gültig sein, sofern sie mit EU-Recht kompatibel sind.
- die Schweiz mit **strengen Ausgleichsmassnahmen** (in Form von Bussen oder gar Sistierungen von Abkommen) bestrafen, falls sie sich dem Diktat aus Brüssel widersetzt.
- ein Streitbeilegungsverfahren anwenden, das den EuGH – also das oberste **Gericht der Gegenseite** – als höchste Instanz vorsieht. Richter, Recht und Kläger wären von der gleichen Partei.
- der Schweiz eine **Super-Guillotineklausel** aufdrücken, um nach Belieben Änderungen am InstA und seinem Geltungsbereich vornehmen zu können. Deutlich wird dies mit den Artikeln 21 und 22: Falls es zu Situationen kommt, die nicht der Brüsseler Lesart entsprechen, sieht das InstA eine Revisionsklausel (Art. 21) vor. Akzeptiert die Schweiz die «Vorschläge» zur Anpassung des InstA nicht, kann die EU mit Art. 22 drohen – also der Kündigung des InstA und damit das Ausserkrafttreten sämtlicher Abkommen, die sich auf das Rahmenabkommen beziehen. Dieses Konstrukt kommt einer Erpressung gleich!



- dass die Schweiz ihren Handlungsspielraum bezüglich **Aussenwirtschaftspolitik** einschränkt und sich umfangreich an den Regeln und Gesetzen des EU-Binnenmarktes orientiert.

Was will Kompass / Europa?

Unser politisches System hat der Schweiz und ihren Bürgerinnen und Bürgern ein unerreichtes Niveau an Mitbestimmung, Rechtssicherheit und Wohlstand erbracht. Darauf wollen wir auch in Zukunft aufbauen können.

Kompass / Europa will deshalb

- ein **Rahmenabkommen** in vorliegender Form verhindern. In Aussicht gestellte «Immunisierungen» beim Lohnschutz, bei den staatlichen Beihilfen und bei der Unionsbürgerrichtlinie reichen keinesfalls aus. Die rote Linie ist mit der faktisch automatisierten Rechtsübernahme, der Super-Guillotineklausel und der Akzeptanz des EuGH als entscheidende Instanz beim Streitlichtungsverfahren klar überschritten.
- eine quasi «**Passivmitgliedschaft**» bei der EU abwehren.
- die **Weiterführung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges** mit der EU ermöglichen. Dies auf der Grundlage einer fairen, ausgeglichenen und partnerschaftlichen Vertragsbasis.
- ein **Höchstmass an Souveränität** für die Schweiz **sicherstellen** – insbesondere auch puncto Aussenwirtschaftspolitik – und unser direktdemokratisches und föderalistisches System stützen.
- einen **Beitrag leisten zugunsten neuer europapolitischer Lösungen**, die die Balance zwischen Selbstbestimmung und Offenheit und produktiven Beziehungen mit der EU herstellen.

Was hat die Schweiz zu befürchten, wenn sie sich gegen das Rahmenabkommen wehrt?

Nichts! Der Wert des Rahmenabkommens wird überschätzt. Die Angstmacherei bezüglich volkswirtschaftlicher Konsequenzen bei einem Projektabbruch wird massiv übertrieben. Man bedenke:

- Die Ablehnung des Rahmenabkommens führt nicht einfach zur Kündigung der bestehenden bilateralen Abkommen. Denn die EU hat ein **eminentes Interesse an produktiven Beziehungen zur Schweiz** – **auch ohne Rahmenabkommen**. Zudem haben wir mit den Freihandelsabkommen eine Basis, die ausbaufähig ist.
- Ein Nein zum Rahmenabkommen in der vorliegenden Fassung ebnet den Weg für eine **neue und bessere Alternative**.
- Der stark auf Europa gerichtete aussenwirtschaftliche Blick der Schweiz wird sich endlich öffnen. Dies hilft, die **Wirtschaftsbeziehungen und den Handel mit dem Rest der Welt** weiter auszubauen und zu fördern.

Sie erreichen uns unter:

Allianz Kompass / Europa
Erlenweg 8
6312 Steinhausen

041 552 35 01
info@kompass.europa.ch